

Niederschrift
über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 12.03.2025

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Beyer
Herr Dr. Timothy McCall
Herr Klaus Meyer
Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst
Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-Hell-
kamp
Herr Ulrich Tepper
Herr Bernd Upmeyer zu Belzen
Frau Bettina Willner

Stellvertretende Mitglieder

Herr Pablo Bieder
Frau Sabine Kubitz
Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz
Herr Alexander Schem

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Tanja Möller
Frau Birgit Reher
Frau Heike Meyer zu Bentrop

Dezernat 3
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt

Schriftführung

Frau Franziska John

Umweltamt

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Willner begrüßt die Anwesenden und stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest. Frau Willner begrüßt Herrn Nadolny von der Stiftung Westfälische Kulturlandschaft und gibt zur Kenntnis, dass Herr Lewald vom Amt für Verkehr später eintreffen wird.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Bielefelder Klimabeirats am 08.01.2025

Ohne weitere Absprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 08.01.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz am 12.02.2025

Frau Reher berichtet über den Beschluss des Photovoltaik- Freiflächenkonzeptes für Bielefeld.

Des Weiteren wurde ein Antrag zu beleuchteten Spielplätzen beschlossen, ein Antrag zu einem Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Igelschutz in erster Lesung behandelt und ein Antrag zur Biodiversitätsstrategie Bielefelds zurückgezogen. Zudem referierten Vertreter der Stadtwerke Bielefeld über die Planungen zur Dekarbonisierung der Fernwärme. Der Vortrag kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3

Mitteilungen

keine

Zu Punkt 3.1

Verlosung Steckersolarmodule

Frau Reher berichtet über die Verlosungsaktion von 10 Steckersolarmodulen. Finanziert worden wäre die Aktion durch das Preisgeld des Bundesumweltministeriums für das Projekt *Drei Monate ohne Auto*. Es seien rund 1.500 Bewerbungen eingegangen. Im Rahmen der Aktion sei breit über die Thematik rund um Steckersolaranlagen informiert worden. Inzwischen seien alle 10 Anlagen verlost und ausgeliefert. Da das Projekt sehr erfolgreich verlaufen sei und viele Menschen erreicht worden seien, wird angedacht ähnliche Aktionen zu entwickeln.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3.2 Kommunale Verpackungssteuer

Frau Willner teilt mit, dass die Mitteilung der Verwaltung und das Schreiben der DEHOGA und weiterer Organisationen zur kommunalen Verpackungssteuer unter dem Tagesordnungspunkt 5.4 behandelt würden.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4 Anfragen

keine

Zu Punkt 4.1 Modal Split im Schulverkehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9283/2020-2025

Frau Willner gibt zur Kenntnis, dass die Antwort vom Amt für Verkehr und dem Umweltamt zum Thema *Modal Split im Schulverkehr* vorläge.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Bausteine zum Klimaschutz mit der Bielefelder Landwirtschaft

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9656/2020-2025

Die Präsentation von Herrn Nadolny ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Beyer merkt an, dass ihm aufgefallen wäre, dass auf immer mehr Flächen Sonnenblumen oder Ähnliches angepflanzt werden. Er fragt nach, ob dies die gleiche Wirkungsweise haben soll wie die vorgetragenen Maßnahmen.

Herr Nadolny erwidert, dass die Landwirtschaft das Thema Biodiversität und Starkregen im Blick hätte. Somit könnte diese Art von Begrünung eine mögliche Maßnahme darstellen. Insgesamt seien die Möglichkeiten sehr vielschichtig. Dies sei einer von vielen Ansätzen.

Herr Upmeyer zu Belzen ergänzt, dass viele Maßnahmen in diesem Bereich bereits stattfinden würden. Die Landwirtschaftskammer regule diese über die sogenannten GAP Anträge (Gemeinsam Agrarpolitik der Europäischen Union). Hierunter würden Grünflächen, Bejagungsschneisen als auch Erosionsschutz fallen. Es gäbe viele Auflagen aber auch Förderungen, welche sich auf Agrarumweltmaßnahmen beziehen würden. Für kleine Flächen jedoch wäre diese Förderung eher ungeeignet, da sie zu aufwendig für die Landwirt*innen wäre. An diesem Punkt könne die Stiftung Westfälische Kulturlandschaft mit der beantragten Förderung Hilfe leisten. Somit bestehe keine Doppelförderung, sondern eher eine Synergie welche dort greifen würde, wo die andere Förderung versagt.

So würde durch die Beratungsleistung von Herrn Nadolny herausgefiltert, ob die Agrarumweltmaßnahme greift und falls nicht, könne auf die vorgestellte Maßnahme zurückgegriffen werden.

Herr Niemeyer-Lüllwitz gibt zur Kenntnis, dass er Förderungen zum Naturschutz sehr begrüßt, obgleich er einige Anmerkungen und Fragen hätte.

Er erläutert, dass sich das Meiste aus dem vorliegendem Antrag in der Agrarförderung wiederfände. Es sei nicht klar, wo der Unterschied liege. Er würde sich etwas mehr Präzision wünschen. Außerdem frage er sich, was Begriffe wie *Bejagungsschneisen* mit dem Antrag zu tun hätten.

Er schlägt eine Zusammenarbeit mit dem Umweltamt vor und regt an, eine Arbeitsgruppe zu errichten und den Antrag zu vertagen.

Herr Meyer zu Belzen ist gerne bereit, für die Präzisierung des Antrags eine Arbeitsgruppe mit dem Umweltamt zu bilden.

Die Bejagungsschneise sei ein Sammelbegriff für Maßnahmen die jeder freiwillig machen könne, jedoch ohne Entschädigungsleistung. Die Förderung könnten genau für diese Bereiche den Nichtertrag ersetzen.

Herr Adamski äußert sich kritisch zu Herrn Meyer zu Belzens Erläuterungen und gibt zur Kenntnis, dass es keine Unterstützung zur Umgehung von EU Fördermaßnahmen geben werde.

Er regt an, den Titel als auch den Inhalt so anzupassen, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen ist und dieses dann mit dem Umweltamt fachlich als auch inhaltlich abzustimmen.

vertagt

Zu Punkt 5.2

Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9657/2020-2025

Frau Reher teilt mit, dass der neue Finanzplan nachversandt worden sei. Sie regt an Schwerpunkte festzulegen, die durch den BKB gefördert werden könnten.

Herr Upmeyer zu Belzen gibt zur Kenntnis, dass er sich nicht sicher sei, ob das Festival eine breite Öffentlichkeit erreichen werde, weshalb er sich sehr wahrscheinlich gegen eine Förderung aussprechen werde.

Herr Meyer zu Stieghorst ergänzt, dass er bislang nichts davon in der Presse gehört hätte.

Frau Willner und Herr Mc Call teilen mit, dass die Veranstaltungen erst Ende Juni beginnen würden und in unterschiedlichsten Lokalitäten angedacht wären.

Herr Bieder fragt an, ob das Festival auch ohne die Förderung des BKB stattfinden würde.

Herr Mc Call berichtet, dass in der letzten Sitzung gesagt worden sei, dass das Festival auf jeden Fall stattfinden solle. Es würde dann auf andere Mittel zurückgegriffen. Die Akteur*innen seien bereits angefragt, Ort und Uhrzeit aber derzeit noch in Planung.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass dies ein ungewöhnlicher Prozess für die Verwaltung sei, das Format jedoch sinnvoll. Man könne sich auch für eine kleinere Summe entscheiden.

Herr Bieder schlägt vor Sach- und Personalkosten zu trennen und einen der beiden Blöcke zu finanzieren.

Frau Willner greift den Vorschlag von Herrn Adamski auf, eine Summe X vorbehaltlich der Zusendung des finalen Programmes zur Verfügung zu stellen.

Herr Bieder überschlägt die Personalkosten und kommt auf eine ungefähre Summe von 15.000 Euro.

Nach ausführlicher Diskussion einigen sich die BKB-Mitglieder auf eine Fördersumme von maximal 15.000 Euro, vorbehaltlich der Zusendung des finalen Programmes bis zur nächsten AfUK-Sitzung am 14.05.2025.

Somit ergeht folgender

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beschließen, dass Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit – „Denken.Fühlen.Handeln“ (Veranstalter:innen/ Organisator:innen: Prof. Dr. Paul Mecheril und Nadine Etzkorn (Universität Bielefeld) sowie Dr. Lara Bartels (Welthaus Bielefeld e.V.)) finanziell zu unterstützen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen

-

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Projektvorschlag: "Die Klimabahn fährt weiter"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9660/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der BKB empfiehlt, das Projekt „Die Klimabahn fährt weiter“, vorgeschlagen von der Regionalgruppe Bielefeld von „Scientists for Future“) mit einem Pauschalbetrag von 8.000 € aus dem Klimabudget 2025 für zwei Jahre zu unterstützen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.4 Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9661/2020-2025

Frau Willner verweist auf den kurzfristig eingereichten Änderungsantrag zur Einführung einer Verpackungssteuer.
Dieser wird hier unter Punkt 5.4.1 behandelt.

mit anderem Punkt zusammen beraten und abgestimmt

Zu Punkt 5.4.1 Änderungsantrag: Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9661/2020-2025/1

Frau Reher verweist auf die Unterlagen von Tagesordnungspunkt 3.2.
Herr Bieder verliest den Antrag.

Herr Beyer weist auf eine Studie der Universität Tübingen hin, welche verifiziert, dass die zusätzliche Steuer keinen positiven Effekt auf das tatsächliche Abfallaufkommen in Tübingen gehabt hätte. Er macht deutlich, dass ihm das Thema ein großes Anliegen sei, jedoch mit so einer Steuer nichts erreicht werde. Mehrweggeschirr wäre oft angeschafft worden, fände jedoch kaum Benutzung. Dieses gesamtgesellschaftliche Problem könne mit diesem Ansatz nicht gelöst werden. Am Ende blieben nur nutzlose bürokratische Verfahren.

Herr Tepper unterstützt Herrn Beyer, die IHK lehne eine Verpackungssteuer ab. In den meisten Umfragen bei Unternehmen und auch Verbrauchern würde sich deutlich zeigen, dass diese Steuer nicht gewollt sei. Vom Abrechnungssystem bis hin zur Umsetzung würden Unternehmer*innen massiv überfordert werden.

Herr Niemeyer-Lüllwitz wirbt für den Antrag, denn der Weg der Eigenverantwortung sei gescheitert. Die extreme Zunahme von Wegwerfprodukten sei in den letzten 20 Jahren ins Unermessliche gestiegen. Die Stadt Tübingen selbst berichte über positive Effekte. Die Bereitschaft der Gastronom*innen mit Mehrweg zu arbeiten hätte eine deutliche Steigerung erfahren. Mehrere Städte würden diesen Weg nun gehen. Verwaltungsaufwand würde natürlich entstehen, jedoch genau deshalb sei der Änderungsantrag eingebracht worden. Dies sei ein Prüfauftrag für die Verwaltung, wie eine solche Umsetzung möglich sei.

Herr Bieder stimmt dem zu und bezeichnet die Steuer als gut und überfällig, da die bisher verabschiedeten Maßnahmen nicht greifen würden.

Herr Upmeyer zu Belzen äußert, er sei zweigeteilter Meinung aufgrund des bürokratischen Aufwandes für die Betriebe. Die Verpackungsverordnung sollte deshalb dahingehend angepasst werden, dass es höhere Abgaben für Einweg im bestehenden System gebe. Über den Städtetag solle dieses angeregt werden.

Frau Willner merkt an, dass die Kosten an anderer Stelle eingespart werden könnten, zum Beispiel bei der Abfallentsorgung. Das Littering sei extrem angestiegen und würde auf die Abfallgebühr umgelegt. Die Verursacher sollten somit eine Mitverantwortung tragen müssen. Der Anreiz sollte sei, weniger Steuern zu zahlen, wenn Mehrweglösungen angeschafft werden. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse würden am Anfang oft schwierig sein, ein Beispiel sei die Einführung der Anschnallpflicht im Auto. Herr Adamski gibt zu Kenntnis, dass die Abfallgebühren grundsätzlich kostendeckend sein müssten. Man könne jedoch nicht davon ausgehen, dass der Abfall immer da landen würde, wo dieser eigentlich hingehöre. Deshalb würden zusätzliche Kosten aufgrund des Litterings anfallen. Grundsätzlich müsse sich gefragt werden, ob die Lenkungswirkung einer Verpackungssteuer ausreicht. Die Verwaltung selbst sei in Bezug auf die erhoffte Wirkung unsicher. Um die Wirkung zu verstärken, müsse zusätzlich zu Verboten und Restriktionen gesamtgesellschaftlich ein Umdenken erfolgen.

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass nicht der AfUK für die Entscheidung zur Einführung einer Steuer zuständig sei, sondern der Finanz- und Personalausschuss diese Thematik behandle.

Herr Beyer spricht sich erneut gegen die Einführung einer solche Steuer und für ein bundesweites Verbot aus. Er regt an, die Einführung einer bundesweiten Regelung im Städtetag zu diskutieren.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck in Bielefeld nach dem Vorbild der Stadt Tübingen zu beschließen. Ein angemessener Zeitraum für Planung und Vorbereitung wird eingeräumt.

Die Inhalte aus der Stellungnahme der Verwaltung vom 06.02.2025 (Drucksache 9478/2020-2025) sollen dabei voll berücksichtigt werden. Dies beinhaltet folgende aus der Antwort der Verwaltung empfohlene Vorgehensweisen:

- 1. Definition und Abgrenzung der Ausgabestellen und Verpackungsmaterialien sowie betroffene Ausgabestellen**
- 2. überregionale Abstimmung mit anderen Kommunen und den betroffenen Verbänden**

Zusätzlich sollen die bereits im Bielefelder Klimabeirat beschlossenen Projekte zur Verbreitung von Mehrwegsystemen neu aufgesetzt und angemessen finanziert werden:

1. Einbindung der Gastronomiebetriebe durch Informationsveranstaltungen zur Verpackungssteuer sowie zu bereits verfügbaren Mehrwegsystemen.
2. Aufstockung der Fördersumme für den bereits beschlossenen Zuschuss für Mehrweg sowie die Anschaffung von Geschirrspülmaschinen in der Gastronomie für Kleinbetriebe mit Mitteln aus dem Budget des Klimabeirats. Im Bedarfsfall Ergänzung durch Mittel aus dem städtischen Haushalt.

Zusätzlich soll ein Prüfantrag auf Anpassung der bestehenden Verpackungsverordnung auf dem Städtetag angeregt werden. Der Städte- und Gemeindebund soll am Städtetag mit eingebunden werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Kommunale Wärmeplanung – aktueller Stand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9480/2020-2025

Frau Reher berichtet über den Stand der aktuellen Wärmeplanung. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 7

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Lewald vom Amt für Verkehr berichtet über die Gesetzeslage zur Einführung eines Heizpilzverbotes auf öffentlichen Flächen.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Frau Willer fragt nach, warum Herford ein Heizpilzverbot erlassen konnte. Herr Lewald erklärt, dass auch Herford keine Rechtsgrundlage hätte. Herford hätte auf eine Empfehlung zurückgegriffen, welche nicht als Ermächtigungsgrundlage gesehen werden könne. Eine rechtliche Prüfung würde dem nicht standhalten.

Herr Niemeyer-Lüllwitz gibt zur Kenntnis, dass derzeit eine Initiative gegründet würde, um das Gesetz anpassen zu lassen.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 8

Ausblick auf die nächste Sitzung des Bielefelder Klimabeirates

Frau Reher teilt mit, dass die nächste und letzte Sitzung vor der Kommunalwahl in der Wissenswerkstadt stattfinden werde. Geplant sei außerdem eine Führung durch den Bereich „Globale Nachhaltigkeit“.

Kenntnisnahme

Bettina Willner

Franziska John